

„Kopernikus ist verloren gegangen“

Handelskammer vermisst die qualitative und nachhaltige Ausrichtung der Budgetpolitik

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Die Legislaturperiode fing gut an. Die Regierung schnürte ein Sparpaket und versprach dem Land eine kopernikanische Wende in der Budgetpolitik. Doch davon ist nicht mehr viel übrig, findet die Handelskammer. Sie stellte gestern ihr Gutachten zur Haushaltsplanung vor.

Die Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre sind zu optimistisch, die Kosten der Steuerreform werden unterschätzt, die Maßnahmen aus dem „Zukunftspak“ werden nicht in ihrer Gänze umgesetzt, die Investitionsausgaben schrumpfen und die Konsolidierungsziele sind längst nicht mehr so ehrgeizig wie sie einmal waren. Das sind in der Zusammenfassung die Kritikpunkte der Handelskammer am Budgetentwurf 2017 und der mehrjährigen Haushaltsplanung der Regierung.

Die Regierung ist von ihrem anfänglichen Konsolidierungskurs abgekommen, findet die Handelskammer. „Kopernikus ist verloren gegangen“, sagte Marc Wagener, der das Gutachten der Handelskammer zur Haushaltsplanung gestern im Detail präsentierte. Den Verantwortlichen der *Chambre de commerce* fehlt der qualitative Ansatz in der Finanzplanung.

Die Handelskammer warnt vor Wachstumsprognosen von 4,6 bzw. 4,9 Prozent für 2017 und 2018, zumal die Wachstumsraten von 2015 und 2016 in der Zwischenzeit nach unten auf 3,5 bzw. 3,1 Prozent revidiert werden mussten, so Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer.

Hinzu kommen die Kosten der geplanten Steuerreform, die nach Ansicht der *Chambre de commerce* unterschätzt werden. Die Re-



2014 versprach Finanzminister Pierre Gramegna eine kopernikanische Revolution. Davon ist nichts zu sehen, sagen heute die Vertreter der Handelskammer.

(FOTO: ANOUK ANTONY)

gierung schätzt den Impact der Steuerreform auf 0,65 (2017) bzw. 0,8 Prozent (2018) der Wirtschaftsleistung. Die Luxemburger Zentralbank hingegen geht von 1,5 Prozent des BIP aus. Laut den Berechnungen der Zentralbank würde der Staat bei der Besteuerung von Privatpersonen bis 2020 pro Jahr 340 Millionen weniger einnehmen. Geht man dann zusätzlich noch von einem geringeren Wachstum (jedoch nicht unter drei Prozent) aus, fehlen dem Staat der Handelskammer zufolge im Jahr 2020 insgesamt 750 Millionen Euro

verglichen mit den Berechnungen der Regierung.

Die Handelskammer stellt weiter fest, dass die geplanten Einsparungen dank des „Zukunftspak“ langsam aber sicher dahinschmelzen. Statt der ursprünglich geplanten 1,5 Milliarden Euro würden bis zum Ende der Legislaturperiode lediglich noch 704 Millionen Euro eingespart.

Die Abschwächung der Ausgabensteigerung ist an sich ein begrüßenswerter Ansatz, „doch die Abbremsung geht zu Lasten der Investitionsausgaben“, monierte

Marc Wagener. „Machten die Investitionsausgaben bisher zehn Prozent der öffentlichen Ausgaben aus, so werden es 2020 nur noch 7,4 Prozent sein“, meinte Wagener. Dabei sei es gerade mit Blick auf den 1,1-Millionen-Einwohnerstaat von größter Wichtigkeit, in die öffentlichen Infrastrukturen zu investieren.

Die Finanzplanung der Regierung geht von einer Stabilisierung der Staatsschuld (23,9 Prozent der Wirtschaftsleistung) bis 2020 aus. Bei einem Wirtschaftswachstum von nur drei Prozent und mit einem doppelt so hohen finanziellen Impact der Steuerreform (1,5 Prozent des BIP) läge die Staatsschuld Berechnungen der Handelskammer zufolge gefährlich nahe an der 30-Prozent-Grenze. Die Handelskammer bedauert, dass die Regierung die gute Konjunktur nicht nutzt, um die öffentlichen Schulden abzubauen.

Auch die Entscheidung der Regierung, ihr anfänglich ehrgeiziges Ziel von einem jährlichen mittelfristigen Haushaltsüberschuss von 0,5 Prozent des BIP zugunsten eines strukturellen Defizits von 0,5 Prozent aufzugeben, kann die Handelskammer nicht gutheißen. Sie hält an dem ehrgeizigen Ziel fest, zumal die Luxemburger Wirtschaft sehr anfällig für Schwankungen sei.

In ihren Empfehlungen listet die Handelskammer Maßnahmen auf, die dem Staat zu Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben von 587 Millionen Euro verhelfen sollen, um die Staatsschuld bis 2020 zu stabilisieren. Sie betreffen u. a. die Grundsteuer, die Personalrekrutierung beim Staat, die Anpassung der Renten und Pensionen an die Lohnentwicklung und die Militärausgaben.